



Guatemala Stadt, Ende November 2015

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (8)

Kurz vor Jahresende und des Antritts der neuen Regierung fragen wir uns, wohin die Reise geht. Die verschiedenen Informationen sind teils undurchsichtig, teils widersprüchlich; es ist nicht leicht, sich ein Bild zu machen, weshalb ich sicher keine Prognosen für das nächste Jahr abgeben werde.

2015 geht mit einer in diesem Ausmass nie dagewesenen Krise zu Ende. Die meisten öffentlichen Einrichtungen kollabieren gerade; sie sind völlig unterfinanziert, das heisst, die geringeren Steuereinnahmen zusammen mit den Millionenkosten der Korruption haben den Staat praktisch in den Bankrott getrieben. Die Staatsanwaltschaft kann die Gehälter für Dezember, ohne zusätzliche Überweisung aus dem Finanzministerium, nicht bezahlen. Längst sind wir daran gewöhnt, dass die Polizei keine Patrouillen fährt, wenn sie kein Geld für Benzin hat. In der letzten Woche teilte sie mit, dass polizeiliche Führungszeugnisse nicht mehr ausgestellt werden, weil kein Geld für das Papier da ist; schon länger schliesst die Polizei Büros wegen Millionen von Mietschulden. Noch unhaltbarer sind die Zustände im öffentlichen Gesundheitssystem; seit Wochen fehlen Binden, OP-material, Spritzen und Medikamente in den Krankenhäusern. Die Ärzte haben monatelang versucht, dieser Situation zu trotzen, aber sie wurden allein gelassen.

Jetzt haben sie die ambulanten Konsultationen geschlossen und nur die Notaufnahmen „funktionieren“ noch. Selbst an Sauerstoff und Lebensmittel für die internierten Patienten fehlt es, die Familien müssen selber sehen, wie sie ihre Angehörigen versorgen. Die Ärzte fordern den Rücktritt des Ministers, der gerade erst ernannt wurde und nur Durchhalteparolen anbietet, ohne auch nur eines der Probleme wirklich anzugehen. Es ist eine dramatische Lage, die den Hintergrund dafür bildet, was im Justizsystem geschieht.

Die CICIG hat den Vorschlag einer auf drei Jahre begrenzten Steuererhöhung für Besserverdienende gemacht, um die Mehrausgaben zu finanzieren, die ein wirklicher Kampf gegen die Straflosigkeit erfordert. Als sie diesen Vorschlag machte, endeten ihre Flitterwochen mit dem CACIF abrupt; letzterer warf sein absolutes „Nein“ in den Ring. Wieder bestätigte sich, dass die Eliten nicht wirklich auf Veränderung setzen; eine funktionierende Justiz ohne zusätzliche Investitionen ist aber nicht zu haben, wie ihnen Iván Velásquez ein ums andere Mal vorhielt.

In dieser Situation sickerte die Information durch, dass in der DIGICI, der „Direktion des zivilen Geheimdienstes“, in Gegenwart des gewählten Präsidenten Morales, zwei neue Chefs ernannt wurden: Carlos Girón, ehemaliger Chef der Guardia de Hacienda, während des Krieges ein Zentrum der Repression und der Korruption; und Oscar Platero, Militär, ultrarechter und fanatischer



Antikommunist und bis vor kurzem Vizepräsident der „Stiftung gegen den Terrorismus“, die seit Jahren gegen RichterInnen, StaatsanwältInnen und MenschenrechtsaktivistInnen hetzt, falsche Zeugen, Verleumdungen und Falschanschuldigungen eingeschlossen. Zuletzt schloss diese Kampagne auch meinen Kollegen Ramon Cadena und mich mit ein, weswegen wir Strafanzeige gestellt haben gegen den Stiftungspräsidenten Méndez Ruíz.

Die DIGICI verfügt über neuste technische Einrichtungen zur Kommunikationsüberwachung, was angesichts dieser Ernennungen das Schlimmste befürchten lässt. Es gab heftige Proteste, u.a. der CICIG, wohl auch der US-Botschaft, aber auch vieler MenschenrechtsverteidigerInnen, so dass Platero gleich wieder abgesetzt wurde; Carlos Girón sitzt aber nach wie vor im Sattel.

In dieser Situation veröffentlichte das oberste Wahlgericht seine Entscheidung, 16 der gewählten Abgeordneten den Amtsantritt nicht zu gestatten, fast in allen Fällen wegen Korruptionsvorwürfen. Eine weise Entscheidung des Gerichts, nur leider sind die Nachrücker, wie heute bekannt wurde, aus dem gleichen Holz geschnitzt.

Und dann erfuhren wir, dass in der CICIG ihr langjähriger Chef der Kriminalanalyse, ihr juristischer Koordinator (beide aus Costa Rica) und ein Informatiker gerade gekündigt und eine Anwaltskanzlei in Guatemala eröffnet haben: zur Beratung von Firmen und Personen mit Rechtsproblemen. Ein Schelm, wer nichts Böses dabei denkt.

Als dann noch bekannt wurde, dass auch der Chef der FECI gekündigt hat, der Abteilung der Staatsanwaltschaft also, welche die gemeinsamen Ermittlungen mit der CICIG in Fällen wie „La Línea“ koordiniert, schlugen die Glocken erneut Alarm. Wir wissen zwar nicht mit Sicherheit, ob sie alle gemeinsam diejenigen beraten wollen, gegen die aktuell ermittelt wird; aber der Verdacht, dass hier mit Insiderinformationen viel Geld gemacht werden soll, liegt auf der Hand, zumal das neue Anwaltsbüro nach Zeitungsberichten Monatslöhne von 70 000 USD anbietet.

Das Problem Guatemalas ist eben auch ein Vertrauensproblem und Vertrauen schafft die aktuelle Informationslage sicherlich nicht. Es nutzt nicht wirklich, dass einige Abgeordnete mit korrupter Vergangenheit ihr Amt nicht antreten oder dass eine Ernennung rückgängig gemacht wird; wenn „Eliten“ und Regierung nicht wirklich ein anderes Staatsmodell erlauben, werden wir im nächsten Jahr keine anderen Ergebnisse haben als in den letzten. Viel deutet im Augenblick darauf hin, dass die Repression nicht zurückgehen und vor allem, dass gegen den Kampf gegen die Straffreiheit und damit gegen Staatsanwaltschaft und CICIG, konspiriert werden wird; die Anhänger einer kontrollierten Justiz sind mächtig. Darauf müssen wir vorbereitet sein, trotz aller Demonstrationen, Rücktritte und mittlerweile 903 Verhaftungen wegen Korruption, die meisten davon übrigens in der Polizei.

Miguel Mörth